



ZBBS e.V. • Sophienblatt 64a • 24114 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innenausschuss

Per Email: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

Kiel, 04.11.2019

**Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf „Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen – Drucksache 19/1605“ sowie dem Alternativantrag „Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen – 19/1664“**

Sehr geehrte Frau Ostmeier,  
sehr geehrter Herr Dr. Galka,  
sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu den beiden Gesetzesentwürfen Stellung nehmen zu können.

Die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant\*innen e.V. (kurz ZBBS) arbeitet seit fast 35 Jahren im Bereich der flüchtlings-solidarischen und migrationspolitischen Arbeit. Die ZBBS ist Träger von bundes- und landesgeförderter **Migrationsberatung, Integrationskursträger** sowie Träger von Teilprojekten im **IQ-Netzwerk Schleswig-Holstein – Beratung zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**, im Netzwerk **Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein** sowie im Netzwerk **Alle an Bord! - Netzwerk zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein**. Außerdem ist die ZBBS die **Externe Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie, Trägerin des Interkulturelle Gartens**, des **ZEIK – Zentrum für Interkulturelle Kreativität** und bietet darüber hinaus vielfältige bildungspolitische und kulturelle Projekte an.

Wir begrüßen es sehr, dass sich SPD, CDU, Bündnis 90/die Grünen sowie die FDP entschlossen haben, die Bedrohung durch rechte Kräfte ernst zu nehmen und Schutzmaßnahmen zu gestalten.

Wir unterstützen den Antrag der SPD in dem Punkt, dass Personen bzw. Organisationen, die auf so genannten „Feindes- oder Todeslisten“ stehen, **vollumfänglich und unverzüglich darüber zu informieren sind**. Auch sind diese Personen bzw. Organisationen über mögliche Maßnahmen zu beraten und ggfls. zu schützen.

Weiterhin sind aus unserer Sicht **unabhängige Beratungsstellen** der Zivilgesellschaft finanziell und personell besser auszustatten, so dass diese auch als Anlaufstelle für Betroffene arbeiten können.



Zu einem Schutz vor rechter Gewalt gehört aus unserer Sicht eine umfangreiche Prophylaxe. Diese sollte darin bestehen, dass die **Diversität** in allen gesellschaftlichen Bereichen, besonders jedoch beim Personal der Institutionen und Behörden aus Land und Kommune, wie z.B. bei der Polizei, den Gerichten oder den Mitarbeiter\*innen in den kommunalen Behörden, gestärkt und ausgebaut wird. Dies kann ohne großen Aufwand z.B. durch eine gezielte Personalakquise von Migrant\*innen und Menschen mit Fluchtbiographie geschehen.

Weiterhin wünschen wir uns den **Ausbau von Bildungsprogrammen**, z.B. zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Diversität, (Post-)Kolonialismus, der NS-Zeit.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung

Mona Golla

